



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0836890

P/XV/267 - Hannover, den 23. November 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Im Ringen um die beste deutsche Politik</u> Zur Diskussion über die Sicherheitspolitik der Sozialdemokratie Von Günter Markschaffel	80
3 - 4	<u>"Franco-Spanien exportiert seine Söhne"</u> Ein Gespräch mit Rodolfo Llopis Generalsekretär der Sozialistischen Partei Spaniens im Exil	57
5 - 6	<u>Eichmann-Prozess geht uns alle an</u> Er berührt unser Verhältnis zu allen Völkern Von Dieter Bielenstein	68
7 - 8	<u>Unstrittene Kulturpolitik in Österreich</u> Sozialisten wollen Österreicher nicht zu "Flickschustern des Atomzeitalters" werden lassen Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	71

* * * *
* * *

Im Ringen um die beste deutsche Politik

Zur Diskussion über die Sicherheitspolitik der Sozialdemokratie

G.M.- Der Saal, in dem am Dienstagnachmittag und Mittwochvormittag der "Entschliessungsantrag Nr. 83" des Parteivorstandes zur Sicherheitspolitik diskutiert wurde, war voll besetzt und spannungsgeladen. Jeder wusste, dass hier hart diskutiert werden würde, dass die Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und das Verhältnis der Deutschen Sozialdemokratie zur Verteidigung der Bundesrepublik und der freien Welt zur Debatte stand.

Um es vorweg zu nehmen: Der "Entschliessungsantrag Nr. 83" des Parteivorstandes wurde gegen etwa 16 Stimmen von insgesamt 120 angenommen, wobei noch zu vermerken ist, dass die 16 Stimmen mit unterschiedlicher Motivierung abgegeben wurden. Den einen erschien der Parteivorstands-Antrag in der Form und in der Ablehnung der atomaren Bewaffnung nicht klar genug, den anderen schien es notwendig zu sein, noch weitere Präzisierungen zur praktischen Verteidigungsorganisation und -politik hinzuzufügen.

Wer der Mittwochpresse mit ihren alarmierenden Kommentaren Glauben geschenkt hatte, musste nach Abschluss der Diskussion bekennen, sich entweder getäuscht zu haben, oder nicht richtig informiert worden zu sein. Es gab weder einen Krach, noch den Versuch des Ausweichens vor der Tragweite des zur Entscheidung stehenden Antrages. Hier offenbarte sich wieder einmal die innere Kraft der Deutschen Sozialdemokratie, die auch dann weithin sichtbar wird, wenn ihre Gegner von einer angeblichen Richtungslosigkeit sprechen.

Das Referat Erich Ollenbauers am Vortage war - das sagte er selbst noch einmal im Arbeitskreis - die Darstellung der Grundsätze sozialdemokratischer Politik, wie sie durch das Godesberger Grundsatzprogramm nach langen und leidenschaftlichen Diskussionen mit überwältigender Mehrheit von der Gesamtpartei anerkannt wurden. Die vom Parteivorstand zur praktischen Sicherheitspolitik vorgelegte Entschliessung nimmt ausdrücklich auf das Grundsatzprogramm Bezug, schliesst aber auch die Möglichkeiten der internationalen Entwicklung ein, vor der sich eine sozialdemokratische Regierung gestellt sehen könnte. Deshalb fand auch Fritz Erler starken Beifall, als er zur Begründung des Entschliessungsantrages sagte:

"Kein Sozialdemokrat denkt daran, die Beschlüsse von Godesberg aus den Angeln zu heben".

Und als er dann hinzufügte, es hiesse an den Realitäten der

Gegenwart vorbeizugehen, wenn man die Politik der Partei auf die Hoffnung einer baldigen allgemeinen Abrüstung aufbauen wollte, brachte er damit das zum Ausdruck, was wohl die meisten Delegierten in der Arbeitsgemeinschaft realpolitisch denken und überschauen und was sie dann auch durch das Abstimmungsergebnis manifestierten.

Natürlich wurde auch die Frage aufgeworfen, ob nicht das klare Bekenntnis der Sozialdemokratie zu einer wirksamen Verteidigung im Rahmen der NATO in Widerspruch zu der unverändert angestrebten Entspannungspolitik stehe, auf deren Grundlage allein die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit und die Sicherung Berlins für möglich gehalten wird.

Diese Frage fand ihre Antwort durch die Feststellung, dass Entspannungs- und Abrüstungsmaßnahmen gegenseitig und gleichzeitig erfolgen müssten und dass im Hinwirken auf eine friedliche Lösung des Ost-West-Konfliktes die Sicherung des gegenwärtig freien Raumes unserer Welt nicht ausser Acht gelassen werden dürfe.

Es scheint uns notwendig zu sein, in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinzuweisen, dass die Sicherheits- oder Außenpolitik eines Staates - sogar jede Art von Staatspolitik - mehrere Faktoren in Rechnung stellen muss; wenn sie wirksam im guten Sinne des Wortes sein soll. Das trifft auch auf eine so bedeutende Partei, wie die Deutsche Sozialdemokratie, zu.

Da ist zunächst der Grundsatz, d.h., die aus der Geschichte einer Partei oder eines Staates entwickelte Standortbestimmung für die Perspektiven der Politik. Grundsätze werden in Programmen formuliert, die Leitbild sind. Dann aber gibt es die praktische Politik der Umwelt, d.h., die verschiedenen und sich ständig verändernden Gegebenheiten unserer Welt. Hierbei spielen nicht nur rivalisierende Ideologien eine Rolle, sondern auch harte Machtansprüche, die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, sowie das Verhältnis einzelner Staatengruppen untereinander und zueinander.

Während ein Grundsatzprogramm Kompass ist, muss die Ausserung zur Tagespolitik der Realität des Raumes entsprechen, in dem eine bestimmte Politik mit Erfolg vertreten werden kann. Im Abwägen und Formulieren des grundsätzlich Notwendigen und praktisch Möglichen kommen in einer so grossen demokratischen Partei, wie der SPD, selbstverständlich unterschiedliche Temperamente zum Durchbruch. Das ist kein Fehler, sondern ein Positivum. Seine Bedeutung für das ganze Volk, in dem diese Partei wirkt, wird sichtbar, wenn sie gerufen wird, die Verantwortung für die Geschichte dieses Volkes zu übernehmen. Sie findet aber auch schon ihren Ausdruck in der Methode, mit der die Partei um ihre grundsätzliche und praktische Politik, sowie um deren Formulierung ringt.

Was in dieser Beziehung am Dienstag und Mittwoch in Hannover geschehen ist, kann der Sozialdemokratie keine andere Partei in der Bundesrepublik entgegenstellen. Hier gab es keinen "Ein-Mann-Beschluss", sondern das klare Ergebnis eines von tiefer Überzeugungskraft getragenen Strebens nach der besten Politik für ein demokratisches Deutschland.

"Franco-Spanien exportiert seine Söhne"

Ein Gespräch mit Rodolfo Llopis

Generalsekretär der Sozialistischen Partei Spaniens im Exil

sp- Ein gern gesehener Gast auf Parteitagungen der Deutschen Sozialdemokratie ist seit vielen Jahren Rodolfo Llopis, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Spaniens im Exil. Mit nie versagendem Optimismus wirkt Rodolfo Llopis für seine Freunde und Landsleute, die nach dem Bürgerkrieg gegen den Diktator Franco ihr Vaterland verlassen mussten. In Frankreich und in den lateinamerikanischen Staaten haben Tausende von ihnen eine neue Existenz gefunden. Und doch glüht das Feuer der Leidenschaft für ein demokratisches Spanien weiter in ihnen.

* * *

In Hannover sprachen wir mit Rodolfo Llopis über seine Landsleute, die jetzt in der Bundesrepublik sind. Etwa 60 000 von ihnen arbeiten hier, ausgestattet mit einem Pass und einem regulären Arbeitsvertrag. "Aber mindestens 20 000", sagt Llopis, "haben den Weg in die Bundesrepublik auch ohne Pass und Visum gefunden". Der Grund? Es handelt sich durchweg um Arbeiter, die sich in einer schlechten wirtschaftlichen Situation in Spanien befanden, die zum Teil arbeitslos waren, zum Teil so stark auf Kurzarbeit gesetzt wurden, dass sie nicht mehr in der Lage waren, ihre Familien normal ernähren zu können.

Wenn Llopis von diesen Dingen spricht, spürt man seinen Auflehnungsgeist gegen die Diktatur Francos. Erbittert sagt er:

"Franco ist einer der grössten Menschenhändler aller Zeiten geworden. Franco-Spanien kann keine Waren exportieren; es exportiert jetzt seine Söhne".

Im Prinzip sind die Fabriken in Spanien gesetzlich verpflichtet, auch bei Auftragsmangel die Arbeiter zu halten. Zunächst hat man Überstunden abgeschafft und dann die Arbeitszeit verringert. Aber all das reichte nicht aus, um - vor allen dem Qualitätsarbeiter - das Existenzminimum sichern zu können.

Aus diesem Grunde hat Franco das Abkommen mit Bonn geschlossen, das eigentlich - so sagt Llopis -

"eine Bankrott-Erklärung für das ökonomische System Spaniens unter Franco ist".

Die spanischen Arbeiter melden sich zur Arbeit in Deutschland. Sie wissen, dass sie ihren Familien Geld schicken können, aber trotz allem bleiben sie natürlich mit ihrer Heimat verbunden.

Franco hat aus zwei Gründen den Arbeiterexport in letzter Zeit forciert:

1. kann er dadurch Unzufriedene loswerden,
2. erhält Spanien durch seine im Ausland tätigen Arbeiter Devisen.

Als wir Llopis fragen, ob seines Wissens die spanischen Arbeiter in der Bundesrepublik zufrieden sind, sagt er:

"Gewiss, viele von ihnen sind froh, dass sie überhaupt wieder etwas Geld verdienen und dadurch ihre Familien unterstützen können. Aber auch sehr viele von ihnen sind unzufrieden über ihre schlechte Unterbringung und über den Versuch mancher Unternehmer, sie unter den in Deutschland üblichen Tariflöhnen zu bezahlen".

Und dann sagt Llopis: "Wir haben unseren Freunden empfohlen, sich mit den deutschen Gewerkschaften in Verbindung zu setzen. Das Ergebnis unserer Empfehlungen ist sehr ermutigend. Wir haben festgestellt, dass sich die Gewerkschaften in der Bundesrepublik in zunehmender Masse der spanischen Arbeiter annehmen und ihnen helfen, Schwierigkeiten zu überwinden. Es ist bekannt, dass Gruppen von spanischen Arbeitern in der Bundesrepublik von getarnten Agenten des Franco-Regimes überwacht werden. Auch in dieser Beziehung wollen wir unseren Freunden aus Spanien helfen. Wir wollen, dass sie die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes kennenlernen".

Eichmann-Prozess geht uns alle an

Von Dieter Bielenstein

Der Prozess gegen Adolf Eichmann, der im März in Jerusalem beginnen soll, wirft in Israel seine Schatten voraus. Die Morde und Austreibungen, das Elend und die Vernichtung der europäischen Juden werden in diesen Monaten wieder furchtbar gegenwärtig. Schon die Verhaftung Eichmanns wühlte die Verzweiflung und Schrecken jener Jahre neu auf. Fast jede zweite Familie in Israel, aus Europa eingewandert, beklagt Opfer der deutschen Gewaltherrschaft. In der Strassenbahn oder im Café kann man unversehens neben einem Israeli sitzen, der die eingebrannte Nummer aus dem Konzentrationslager unauslöschlich auf dem Arm trägt.

Die Ermittlungen und der Prozess gegen Eichmann mit der Darstellung der Verbrechen werden die öffentliche Meinung, wie auch den einzelnen in Israel tief berühren. Die israelische Regierung steht zu ihrem Angebot, diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufzunehmen. Doch es wird vielleicht, wie Parlamentarier und Sprecher des Aussenministeriums in Jerusalem sagten, zu einer Krise der deutsch-israelischen Beziehungen kommen. Aus dieser Krise kann aber, wenn man den Prozess gegen Eichmann als Prüfstein für die deutsche Haltung zur Vergangenheit begreift, ein stabileres Vertrauensverhältnis erwachsen. In Israel werden nun die vielen, die einer Entscheidung gegenüber dem heutigen Deutschland auswichen, Stellung beziehen. "Wie man in Deutschland reagiert, wie man darüber denkt und berichtet, wird für uns ein Maßstab für die heutige Einstellung in Deutschland sein", sagte ein Abgeordneter der Knesset, des israelischen Parlaments.

Der Prozess dient vor allem anderen der Gerechtigkeit und sühnt die Verbrechen des einen Mannes Eichmann. Doch er ist vom historischen und politischen Hintergrund nicht zu lösen. Der Prozess kann und soll die historische Wahrheit mit klären und er wird zeigen, dass die Verbrechen Eichmanns die nationalsozialistische Regierung und direkt oder mittelbar Unzählige des deutschen Volkes mit verantworten müssen. Wir können nicht ausweichen und sagen, dieser oder jene waren es. Es geht nicht nur um den Verbrecher Eichmann, der erratische Block des Unrechts in unserer Geschichte wird wieder riesengross vor uns stehen. Wir werden uns erinnern müssen an die Plakate mit der Aufschrift "Juda verrecke!", die an den Strassenecken hingen, auch daran, dass unsere

jüdischen Nachbarn bei Nacht und am Tage abgeholt wurden und nie wiederkehrten, ohne dass wir fragen "wohin?". Und vielleicht werden Namen fallen von Leuten, die heute wieder bei uns Rang und Namen haben, und die damals mit Brief und Siegel ihre Verantwortung für die Verbrechen dokumentierten. Dann werden wir Antwort geben müssen auf die Frage, ob wir vergessen oder den damaligen Zeitgeist verantwortlich machen wollen, ob "Persilscheine" oder die Absicht, noch Schlimmeres zu vermeiden, oder Handeln auf Befehl als Entschuldigung genügen.

Wir müssen uns rechtzeitig darauf besinnen, dass der Prozess gegen Eichmann, auch wenn er in Israel geführt wird, mitten unter uns stattfindet. "Ist man in Deutschland mit der Prozessführung in Israel hier und dort nicht nur deshalb so einverstanden, um das Problem auf Distanz zu halten und im Vergessen des Vergangenen nicht gestört zu werden?", diese skeptische Frage wurde vor kurzem in Israel gestellt. Der Antwort können wir in wenigen Monaten nicht mehr ausweichen. Doch es kommt nicht nur auf die öffentliche Meinung, auf die Parteien, die Presse und den Rundfunk an. Was dahinter in den Familien und Schulen, in den Fabriken, Büros und Gastwirtschaften gedacht und gesprochen wird, ist auch ein Teil dieser Antwort. Mehr als sonst müssen Presse und Rundfunk nicht nur Träger von Nachrichten und Berichten sein, sondern ihre politischen und pädagogischen öffentlichen Aufgaben wahrnehmen. Nicht um die Sensation des Einzelfalles, sondern um die ganze bittere Wahrheit, wird es für uns gehen.

Der Prozess gegen Eichmann muss die Grundsätze der Rechtsprechung wahren. Doch es zeichnet sich ab, dass er zugleich für uns unabweisklich ein Politikum ist, das nicht nur unser Verhältnis zu den jüdischen Bürgern und zu Israel, sondern auch zu allen anderen Staaten berührt. Die Reaktionen im Ausland auf die antisemitischen Ausschreitungen der vorigen Jahreswende zeigten, dass fünfzehn Jahre unseres Neubeginns nicht genug sind, das Vergangene dort vergessen zu machen. Noch mehr aber ist der Prozess gegen Eichmann ein Prüfstein für uns selbst, ob wir ein Alibi durch den Schuldvorwurf nur gegen den einen suchen, oder ob wir die ganze historische Wahrheit anerkennen wollen, als stete Mahnung für unsere Zukunft.

* * *

Umstrittene Kulturpolitik in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Die Behandlung der Budgetgruppe "Unterricht" im Finanzausschuss des Nationalrates hat dieser Tage die Kulturpolitik neuerlich in den Mittelpunkt parteipolitischer Auseinandersetzungen gerückt. Am 17. November hat die Bundesparteileitung der ÖVP den sofortigen Beginn von Schulverhandlungen mit den Sozialisten gefordert und dabei erstmalig verraten, dass sie so etwas wie den Entwurf eines Schul- und Erziehungsgesetzes ausgearbeitet hat. Am gleichen Tage haben die Sozialisten in Wien eine Kundgebung des Verbandes der Elternvereinigungen abgehalten, in der in schärfster Weise gegen die Mißstände und Unterlassungen der Unterrichtsverwaltung Stellung genommen wurde.

Seit Beginn des neuen Schuljahres steht die in den Händen der ÖVP befindliche oberste Kulturverwaltung, repräsentiert durch Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel, 49, im Kreuzfeuer sozialistischer Angriffe. Die Sozialisten werfen der ÖVP nicht weniger vor, als dass die fünfzehn Jahre der ÖVP-Unterrichtsverwaltung gleichbedeutend gewesen seien mit fünfzehn Jahren Kulturpleite.

Gegen diese massiven Angriffe kann sich die ÖVP nur schwer zur Wehr setzen, weil sie leider gerechtfertigt sind. So musste beispielsweise Unterrichtsminister Dr. Drimmel kürzlich selbst zugeben, dass das österreichische Schulwesen derzeit nicht auf gesetzlichen Grundlagen beruht. Wenn sich jemand weigern würde, sein Kind in die Pflichtschule zu schicken, könnte man ihn dazu nicht zwingen und in keiner Weise belangen. SPÖ-Parteivorsitzender und Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann, 55, -zweifacher Doktor und ehemaliger Mittelschullehrer - stellte dazu fest: "In jedem anderen Rechtsstaat müsste ein Minister zurücktreten, wenn er nicht imstande ist, die rechtlichen Grundlagen für sein Ressort zu schaffen". Abgesehen davon, sind die Lehrpläne völlig veraltet und die dem Unterricht, sowie den Hochschulen dienenden Gebäude gänzlich unzureichend und zum Teil in einem geradezu katastrophalen Zustand. Die Sozialisten üben ferner auch daran Kritik, dass das Bildungsprivileg der Wohlhabenden nach wie vor besteht. Wie der sozialistische Wiener Bürgermeister Franz Jonas, 61, vor einigen

Tagen im Rundfunk sagte, macht die Arbeiterschaft in Österreich 42 Prozent der Bevölkerung aus, aber nur sechs Prozent der Studierenden stammen aus Arbeiterkreisen. Wertvolle Begabungen gehen ständig verloren. Ein besonderes Hemmnis bilden, wie es ein sozialistischer Mittelschuldirektor ausdrückte, die Vorurteile vieler österreichischer Finanzpolitiker, die Aufwendungen für Schulzwecke für unergiebig halten und durch ihre Unterinvestitionen zu einer "geistigen Abholzung Österreichs" beitragen.

Die ÖVP als katholisch-klerikale Partei ist praktisch nur an konfessionellen Schulen interessiert. Ihre Kulturexperten lesen geistig noch im Mittelalter. Es wird nichts unversucht gelassen, um katholischen Schulen staatliche Gelder zugute kommen zu lassen. So hat man zum Beispiel kürzlich vom oststeirischen Missionshaus St. Severin eine komplette erste Klasse in das öffentliche Gymnasium nach Fürstentfeld geschickt. Da dort kein Raum vorhanden war, musste man für diese Klasse im Missionshaus einen Raum mieten. Der Unterschied gegen früher besteht nur darin, dass die Lehrer, die dort unterrichten, nun vom Staat bezahlt werden. Ähnlich sieht es bei der Besetzung von Lehrkanzeln auf den Hochschulen aus. In Graz kursiert derzeit das Gerücht, dass die Lehrkanzel für neuere Geschichte nur deshalb so rasch mit einem neuen Professor besetzt wurde, weil dieser der "Leibfuchs" des Unterrichtsministers in dessen katholischer Studentenverbindung war.

Die Sozialisten haben konkrete Vorschläge zur gesetzlichen Neuordnung des Schulwesens und für eine umfassende Schulreform gemacht. Der Widerstand der ÖVP richtet sich hier vor allem gegen das von den Sozialisten geforderte neunte und zehnte Pflichtschuljahr und gegen die ebenfalls von den Sozialisten geforderte Reform der Lehrerbildung. Von den dreissig bestehenden Lehrerbildungsanstalten befinden sich fünfzehn in den Händen der katholischen Kirche. Die SPÖ will die Errichtung pädagogischer Hochschulen, die von künftigen Lehrern nach abgelegter Mittelschulreifeprüfung zu absolvieren wäre. Ausserdem treten die Sozialisten für ein modernes Hochschulgesetz, für die Schaffung eines Forschungsrates und für eine öffentliche Studienförderung ein. "Wenn sich nämlich die Dinge in Österreich nicht ändern", sagte kürzlich der ehemalige Präsident des Wiener Stadtschulrates Dr. Leopold Zechner, 76, voll Bitterkeit, "dann werden die Österreicher zu den Flickschustern des Atomzeitalters herabsinken. Geistig werden wir als die 'Atomtrotteln' in die Geschichte eingehen!" Die SPÖ wird das zu verhindern wissen...